

Leipziger Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes

Die Leipziger Volkszeitung ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen des Polizeipräsidenten Leipzig, der Amtshauptmannschaft Leipzig u. des Stadtrats zu Großsch. behördlich bestimmte Blatt

Bezugpreis mit illustr. Beilage Volk und Zeit sowie der Kinder-Beilage, für einen Monat einchl. Bringerlohn 2.— für Selbstabholer 1.90 Mk. — Durch die Post bezogen 2.— Mk. ohne Beleggeld. Telefon Sammelnummer 72208. **Postfachkonto:** Leipziger Buchdruckerei H. G., Leipzig Nr. 534 77

Redaktion: Leipzig, Tauchaer Str. 19/21
Telegramm-Adresse: Volkszeitung Leipzig
Telephon 72208. — **Verlag in Leipzig,** Tauchaer Straße 19/21 — Telephon 72208

Inseratenpreise: Die Wogelpart. Kolonelle 35 Pf., bei Platzvorkauf 40 Pf. Stellenangebote 10 gels. Kolonelle 25 Pf. Familienanzeigen von Privaten die 10 gels. Kolonelle mit 50 Pf. Nachsch. Reklamezeile 2 Mk. Inzerate v. ausw.: die 10 gels. Kolonelle 40 Pf. bei Platzvorkauf, 50 Pf., Reklamezeile 2.25 Mk.

Die Leipziger Volkszeitung erscheint täglich nachmittags mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Abonnementbestellungen nehmen die Austräger, unsere Zweiggeschäfte und alle Postämter entgegen

Blutiger Wahlkampf bei Hamburg

Straßenkampf zwischen Rot Front und Reichsbanner

Ein Toter, 12 Schwerverwundete, über 100 Leichtverletzte

In Geesthacht bei Hamburg sollten am Sonntag die Wahlen zur Stadtvertretung stattfinden. Diese mußten jedoch infolge blutiger Zusammenstöße zwischen Kommunisten und Reichsbannerleuten vorzeitig abgebrochen werden. Ueber die folgenschweren Zusammenstöße liegen folgende Meldungen vor:

RTB Hamburg, 30. September.

Anlässlich der Kommunalwahlen in Geesthacht hatten sich dort etwa 1000 Reichsbannerleute und ebenso viele Rotfrontkämpfer eingefunden, zwischen denen es schon in den Mittagsstunden zu schweren Zusammenstößen gekommen war. In den Nachmittagsstunden wiederholten sich diese Zusammenstöße, wobei auch von der Schußwaffe Gebrauch gemacht wurde. Eine Person wurde getötet. Außerdem ist eine ganze Reihe schwer und noch mehr leicht verletzt worden. Die Verletzten wurden nach den Krankenhäusern in Bergedorf und Hamburg abtransportiert. Man spricht von etwa einem Dutzend Schwerverletzten und weit über 100 Leichtverletzten. Die Polizei ist noch mit der Klärung der Schuldfrage beschäftigt.

RTB Geesthacht, 30. September.

In einem polizeilichen Bericht heißt es: Gegen 12,30 Uhr entstand vor dem Wahllokal von Petersen zwischen Mitgliedern des Reichsbanners und des Roten Frontkämpferbundes eine Schlägerei, bei der 2 Personen schwer und etwa 20 leicht verletzt wurden. Die Wahlhandlung wurde bei Petersen auf Veranlassung des Wahlvorstandes auf kurze Zeit unterbrochen. Die Ruhe wurde schnell wiederhergestellt. Zwischen 15 und 16 Uhr

entstand eine weitere Schlägerei am oberen Teil der Hegelbergstraße. Hier fielen auf Seiten der Kämpfenden Schüsse. Ein Angehöriger des Roten Frontkämpferbundes erhielt tödliche Verletzungen. Durch Hieb- und Stichwunden wurden 6 Personen schwer, etwa 50 leicht verletzt. Den Bemühungen der Hamburger Polizei gelang es, die Streitenden zu trennen und die Ruhe wiederherzustellen. Die Wahlhandlung wurde dann seitens des Wahlvorstandes zwischen 17 und 18 Uhr abgebrochen.

Auch in Berlin Zusammenstöße

III Berlin, 30. September.

Unter dem Geleitwort „Gegen Dawes-Plan und Dawes-Schmach“ veranstalteten die Nationalsozialisten Berlins und der Provinz Brandenburg am Sonntag einen Protestzug durch die westlichen Vororte Berlins und eine Massenversammlung im Sportpalast, bei der u. a. Lüne und Reventlow sprachen. Während der Kundgebung im Sportpalast, an der einschließlich der Mitglieder der Sportabteilungen 10 000 Personen teilnahmen, sollen vor dem Sportpalast ungefähr 20 Personen verletzt worden sein. Eine genaue Darstellung der Vorgänge ist noch nicht möglich. Es wird von nationalsozialistischer Seite behauptet, daß die Kommunisten abmarschierende Abteilungen angegriffen hätten, ohne daß die Polizei eingegriffen sei. Darauf habe die Polizei Schüsse abgegeben. Jedfalls wurden etwa 12 Nationalsozialisten verletzt in den Sportpalast zurückgebracht. Eine Sanitätsstelle mit mehreren Verletzten ist im Augenblick dabei, die Verletzten zu verbinden. Bei kleineren Zwischenfällen auf dem Amarsch zum Sportpalast sind auf Seiten der Nationalsozialisten einige Verletzte zu beklagen. Das Polizeipräsidium teilt auf Anfrage mit, daß im Zusammenhang mit den Zusammenstößen zwischen Nationalsozialisten und Rotfrontkämpfern vor dem Sportpalast insgesamt 80 Zwangsverhaftungen vorgenommen sind. Von Verletzungen einer Anzahl der an diesen Zusammenstößen Beteiligten ist dem Polizeipräsidium nichts bekannt.

Stahlhelm-Volkentscheid

Der letzte Rettungsanker für die Deutschnationalen

„In der Tat ist ja der Weg der unmittelbaren Volksbefragung ein urdemokratischer, und ein Konservativer mag sich nur schwer mit dieser Massenbefragung abfinden können.“

So heißt es in einer politischen Wochenbetrachtung, die die Kreuzzeitung, das Blatt mit der Devise „Vorwärts mit Gott für König und Vaterland“ am Sonnabend brachte. Die Deutschnationalen haben sich von den Schlägen noch immer nicht erholt, die ihnen bei den Wahlen vom 20. Mai wuchtig erteilt worden sind. Daß sie die Mehrheit noch niemals erlangt hätten, diese Hoffnung hat das Blatt Westarps endgültig aufgegeben. „Es müßte denn gerade das Unwahrscheinliche wahr werden, daß die nationalen Parteien einmal eine Volksmehrheit bei den Wahlen erreichen“. So stellt die Kreuzzeitung resigniert und nüchtern fest. Sie hat also die Hoffnung aufgegeben, daß die Deutschnationalen noch einmal die Vormachtstellung einnehmen könnten, die ihnen in der wilhelminischen Ära zugewiesen war. Und daß auch eine Koalition mit den anderen bürgerlichen Parteien, also eine Wiederholung des Weimarer Volksbündnisses, den Deutschnationalen wenig verheißend erscheint, dies ergibt sich aus den folgenden Feststellungen, die in dem gleichen Aufsatz der Kreuzzeitung zu finden sind:

„Es hat sich jedoch herausgestellt, daß auf dem Wege der Koalition, die mit Zugeständnissen an die heutige Staatsform verbunden ist, sich so gut wie nichts erreichen läßt, kaum, daß ein weiteres Abgleiten nach unten zu verhindern gewesen wäre.“

Also für die Wiederholung auch dieses Experimentes scheint bei den Deutschnationalen vorläufig wenig Neigung vorhanden zu sein. Sie denken noch mit Schrecken an die Keubell-Ära zurück, an die Richtlinien, die seinerzeit vom Zentrum aufgestellt und von den Deutschnationalen angenommen wurden, und die nach der Kreuzzeitung „nichts anderes als eine parteipolitische Zwangsarbeit“ waren, die jede „sachliche Arbeit“ unmöglich gemacht hätten. Darum die tiefe Enttäuschung bei der Wählerhaft im „nationalen“ Lager sowohl, als auch auf der anderen Seite, und weil mit den bisherigen Methoden nichts zu holen war, darum versucht man jetzt den Dreh vom Stahlhelm her zu gewinnen. Die Konservativen bedienen sich der „urdemokratischen“ Methode der Volksbefragung. Auf dem Wege der Demokratie versuchen nunmehr die reaktionärsten Finsterlinge des Reichs die Verfassung von Weimar auszuhöheln.

Das ist der Sinn des Volkentscheids, der vom Stahlhelm angeregt worden ist. Die Kreuzzeitung schaut neidisch auf die wilsten Reben hin, die im Lager der nationalen Bünde gehalten worden sind. Das sei eben der Vorteil dieser Organisationen, sie sind in der „Form des Kampfes“ weit ungebundener „als eine parlamentarische Partei“, und darauf legt, trotz aller Gegnerschaft zum Parlament, auch die Kreuzzeitung noch immer den entscheidenden Wert. Trotzdem begrüßt sie den Stahlhelm-Volkentscheid, obwohl heute noch niemand zu sagen vermag, welche Forderungen ihm zugrunde liegen werden. Wie schon dargestellt, ist Hugenberg der intellektuelle Urheber dieses Planes, und durch die Veron des großen Preßstruktiers sind somit die Ziele des kommenden Volkentscheids enthüllt. Hugenberg erstrebt, wie sich bereits aus der Aktion der Claf-Vutschisten mit aller Klarheit ergeben hat, eine Verstärkung der Macht des Reichspräsidenten, also die Herbeiführung der Diktatur. Naturgemäß auf „legalem“ Wege. Das Ministerium für die Tage der Diktatur hatte Herr Hugenberg schon im Jahre 1926 proklamiert, und daß sein Unternehmen scheiterte, ist nicht zum wenigsten auf die Wachsamkeit der sozialdemokratischen Minister Preußens zurückzuführen.

Obwohl also bis zur Stunde niemand zu sagen vermag, welche Forderungen der Stahlhelm im einzelnen aufstellen will, so hat doch schon die nackte Ankündigung dieser Aktion in weiteren Kreisen des „nationalen Lagers“ größtes Entsetzen im Gefolge gehabt. Der Stahlhelm proklamierte vor wenigen Wochen in Finsterwalde seine bekannte Hahnbotschaft gegen die Republik, die in den Reihen der Deutschen Volkspartei stärkstes Entfremden geweckt hat. Das aber hat bei den Düsternberg und Sedtze keinen Eindruck gemacht. Die Stahlhelmparaden, vor allem im Osten des Reichs, mehrten sich von Tag zu Tag. Am vergangenen Sonntag demonstrierte der pommerische Stahlhelm, mit den Bänden aus dem ostpreussischen Gebiet in Marienburg, der Ordensstadt, und charakteristischerweise befindet sich seit einiger Zeit der Prinz August Wilhelm von Preußen im Gefolge des Magdeburger Selterwasserfabrikanten als prominenteste Person. Der Jungdeutsche teilt zwar mit, daß sich bei einer solchen Stahlhelmparade in Emden zwei Stahlhelmguppen geweiht hätten, vor dem Prinzen vorüberzubefahren, aber das dürften nur wenige Eingänger sein, die im Lager des Stahlhelms keine Bedeutung haben.

Die Deutschnationalen sind über diese Prinzenparaden natürlich hocherfreut, obgleich die deutschnationale Presse bereits etwas vorsichtiger ist. Wie schon oben aus der Kreuzzeitung zu ersehen war, ist sie ebenso „parlamentarisch“ angekränfelt. Anders aber ist es mit der Deutschen Volkspartei, die Vertreterin der deutschen Fertigungindustrie, die festzustellen ver-

Eine Sonntagsrede Poincarés

Reparationen und Sicherheit

RTB Paris, 30. September.

Ministerpräsident Poincaré hielt heute in Chambéry anlässlich der Enthüllung eines Kriegerdenkmals eine Rede, in der er u. a. sagte, der Friedensvertrag von Frankfurt habe Frankreich ein Stück seines Freiheits abgerissen. Trotz dieser Verurteilung habe Frankreich bis zur letzten Stunde alles getan, um neue Konflikte zu verhindern. Als nach dem Kriege, der ohne seinen Willen ausbrach, Frankreich von allen das Recht zuerkannt wurde, seine Stimme vernehmen zu lassen, habe es sich darauf beschränkt, die Rückertattung dessen zu fordern, was man ihm genommen habe. Als im Ruhrgebiet der passive Widerstand aufhörte und Deutschland einwilligte, den Dawesplan ausarbeiten zu lassen, habe er, Poincaré, sich bereit, die Zustimmung Frankreichs zu dem neuen Zahlungsplan durchzusetzen. Auch bei den kürzlichen Besprechungen zwischen den Mächten und im Völkerbundrat sei Frankreich dem Geist internationaler Eintracht treu geblieben. Bei den kommenden Verhandlungen werde der brennende Wunsch nach allgemeiner Verständigung die Gedanken Frankreichs leiten. Frankreich wünsche, daß bei allen Völkern ein ebenso aufrichtiger und brennender Friedenswunsch vorhanden sei wie bei ihm selbst.

Auf die Sicherheitsfrage übergehend, erklärte Poincaré: Wie haben uns als erstes Land auf dem Weg der Abrüstung beigegeben, nicht nur in Washington und Genf, sondern auch in Paris, durch die Beringerung unserer Effektivebestände und durch die Herabsetzung der Militärleistungen. Dadurch haben wir ein Beispiel gegeben, das zur Genüge unsere bona fides bezeugt. Man wird jedoch begreifen, daß wir bei der Bewertung unserer Verteidigungsmittel gezwungen sind, den Angriffsmitteln Rechnung zu tragen, die andere durch ihre Räder, durch ihre auf militärische Vorbereitung eingestellten Verbände, durch die Stärke ihrer Bevölkerung und durch die gute Möglichkeit, ihre Industrie umzustellen, besitzen. Dergleichen sind wir, wenn man aufs neue das Reparationsproblem ins Auge faßt, gezwungen, daran zu erinnern, daß eine Regelung, gleichviel welcher Art, gerechterweise selbst seitens unserer Schuldner außer der integralen Zahlung dessen, was wir unseren Gläubigern zahlen müssen, eine bestimmte Entschädigung für unsere Kriegsschäden garantieren muß. Wenn aber auch das in diesen beiden Punkten, Sicherheit und Reparation, gegebene Vorbild uns nicht gestattet, leichtfertig unsere Forderungen zu begeben, so beabsichtigen wir doch nicht, Verhandlungen zu eröffnen mit dem Hintergedanken, sie in die Länge zu ziehen oder sie zum Scheitern zu bringen. Weit davon entfernt! Wir werden sie im Gegenteil so früh wie möglich aufnehmen und sie in bereitwilligster Weise mit gutem Vertrauen auf das Endergebnis fortsetzen.

RTB Paris, 29. September.

Der in Marseille tagende Kongress der französischen Handelskammern der Mittelmeergegend hat sich einstimmig für beschleunigte Regulierung und Schiffbauentwicklung der Rhône ausgesprochen und ein Aufforderung an Regierung und Parlament gerichtet, zur Beschleunigung und finanziellen Erleichterung dieses Planes die deutschen Sachlieferungen nutzbar zu machen.

Degepistel Millerands

III Paris, 1. Oktober.

Der frühere Staatspräsident Millerand sprach auf dem Parteitag des Provinzverbandes der Republikanischen Partei von Puy-de-Dome über die französische Außenpolitik. Er erklärte, Frankreich habe zugestimmt, über den vorzeitigen Verzicht auf die Rheinlandsbesetzung zu verhandeln. In Deutschland und selbst in Frankreich werde mit überraschender Hartnäckigkeit eine Kampagne geführt, die dahin strebe, aus dem Versailler Vertrag den Artikel 231 auszuwerzen und den Anschluß Oesterreichs an Deutschland zu verwirklichen. Wenn der Locarnovertrag die erneute Zustimmung Deutschlands zu den ihm durch den Frieden auferlegten Grenzen enthalte, so enthalte er aber nichts dergartiges bezüglich seiner Obergrenzen. Wenn nach Ablauf der vorgeschriebenen 15 Jahre die Garantien gegen einen nicht provozierten Angriff Deutschlands von den alliierten und assoziierten Regierung nicht für hinreichend erachtet werden, könne nach Artikel 429 des Versailler Vertrages der Rückzug der Okkupationsstruppen hinausgeschoben werden, und nicht nur die Sicherheit Frankreichs allein, sondern auch diejenige aller Signatäre des Versailler Vertrages, und besonders Polens und der Tschechoslowakei bede die Rheinlandsbesetzung. An den Obergrenzen Deutschlands schwebe augenblicklich ein Feuer, daß die ganze Welt in Brand zu setzen drohe.

Eine Rede Dr. Curtius

„Kristallisationspunkt einer starken Mittelpartei“

RTB Eisenach, 30. September.

Reichswirtschaftsminister Dr. Curtius sprach gestern in einer geschlossenen Versammlung vor Mitgliedern der Deutschen Volkspartei, die zur Teilnahme an der Tagung der mitteldeutschen Industrie in Eisenach weilten. Dr. Curtius ging in seinen Ausführungen auf die aktuellen politischen Fragen ein und zeichnete den Parteifreunden in veranschaulichten Ausführungen das Bild unserer außen- und innenpolitischen Situation. Das stärkste Interesse fanden die Worte, die er den Genfer Verhandlungen und insbesondere der kommenden Regelung der Räumungs- und Reparationsfragen widmete. Der Minister rechtfertigte die Außenpolitik Stresemanns. Die politische Aufgabe der Deutschen Volkspartei bestehe darin, sich zum Kristallisationspunkt einer starken bürgerlichen Mittelpartei auszubauen.

Nach kurzen Schlussworten des Versammlungsleiters wurde einstimmig die Absendung eines Begrüßungstelegramms an Dr. Stresemann beschlossen.

Venizelos in London

III London, 1. Oktober.

Ministerpräsident Venizelos ist Sonntag, um 19 Uhr, in London eingetroffen. Für Montag ist eine Zusammenkunft mit Lord Curzon vereinbart.